

Neues aus Brüssel

Während die Europäische Union über den Mehrjährigen Finanzrahmen für 2028–2034 verhandelt, rückt ein neuer Schwerpunkt in den Vordergrund: Sicherheit und Krisenvorsorge. Doch ein resilientes Europa benötigt mehr als geopolitische Abschirmung – es beginnt bei der Gesundheit und Partizipation der Menschen. Dies spiegelt sich in aktuellen Initiativen der EU wider: Strategien für Biowissenschaften, medizinische Bevorratung und Gegenmaßnahmen gehören dazu, ebenso wie der Schutz der psychischen Gesundheit junger Menschen im digitalen Raum und eine Förderung der aktiven Rolle älterer Personen in Gesellschaft und Arbeitswelt.

Text: Mag. Lisa Edelbacher Bakk., Melanie Kartnig BA MBA, MMag. Claudia Scharl (Schriftleitung), Bernadett Wernig BA

Europäische Strategie für Biowissenschaften

Mit 1,5 Bill. EUR Wertschöpfung und 29 Mio. Arbeitsplätzen leisten die Biowissenschaften einen zentralen Beitrag zur Wirtschaft der Europäischen Union. Bereits jetzt belegt die EU mit 18 Prozent der angemeldeten Patente im Bereich Biotechnologie den weltweit zweiten Platz (nach den USA mit 39 Prozent). Um diese Führungsrolle weiter auszubauen, legte die Europäische Kommission am 2. Juli 2025 eine umfassende neue Strategie vor, die ein ambitioniertes Ziel vor Augen hat: Bis 2030 soll Europa zum attraktivsten Standort für Biowissenschaften weltweit werden.

Um dies zu erreichen, wurden drei strategische Handlungsfelder identifiziert: Die Optimierung des Forschungs- und Innovationsökosystems, die Erleichterung des Marktzugangs sowie die Stärkung des Vertrauens in Innovationen. Dabei sollen Initiativen in Bereichen wie Medizin, Ernährung und nachhaltiger Produktion gezielt gefördert werden, um wirtschaftliches Wachstum zu sichern und die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors zu stärken. Als zentrales Instrument der Strategie fungiert der für 2026 angekündigte Biotech-Rechtsakt, wodurch innovationsfreundliche Rahmenbedingungen für diesen Sektor geschaffen wer-

den sollen. Für die Finanzierung sind jährlich über 10 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt vorgesehen. Dabei sollen 300 Mio. EUR gezielt in biowissenschaftliche Lösungen mit hohem gesellschaftlichen Nutzen fließen, etwa im Bereich Krebsbekämpfung und Klimaschutz.

Inhaltlich umfasst die Strategie ein breites Spektrum: Im Fokus stehen Investitionen in (grenzüberschreitende) klinische Studien, die Förderung gemeinsamer Forschungszentren sowie innovative Pilotprojekte, wie beispielsweise ein zentrales Bewertungsverfahren für Kombinationsprodukte. Auch die gezielte Förderung von Fachkräften ist ein wichtiger Baustein. Ein neuer One-Health-Ansatz untersucht die Zusammenhänge zwischen Klima, Umwelt und Gesundheit, um den Auswirkungen der Klimakrise auf den Menschen zu begegnen. Daten und Künstliche Intelligenz sollen durch eine europäische Datenstrategie, gezielte Investitionen und eine gemeinsame Datenplattform besser genutzt und ethisch eingesetzt werden – beispielsweise bei der Vereinfachung regulatorischer Prozesse. Grundsätzlich sollen die Biowissenschaften als Treiber nachhaltiger In-

„Diese Idee, den Menschen an die erste Stelle zu setzen, war schon immer der Kern der sozialen Marktwirtschaft Europas. Wir wollen starke Sozialpartner. Der Markt kann nur gut funktionieren, wenn auch der soziale Dialog gedeiht.“

Ursula von der Leyen, Kommissionspräsidentin



Bis 2030 soll Europa zum attraktivsten Standort für Biowissenschaften weltweit werden. 300 Mio. EUR sollen gezielt in biowissenschaftliche Lösungen mit hohem gesellschaftlichen Nutzen fließen, etwa im Bereich Krebsbekämpfung und Klimaschutz. Im Fokus stehen Investitionen in (grenzüberschreitende) klinische Studien, die Förderung gemeinsamer Forschungszentren sowie innovative Pilotprojekte.

dustriepolitik gefördert werden, etwa durch Investitionen in mikrobiombasierte, sektorübergreifende Technologien.

Auch die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten ist ein zentrales Thema, sowohl auf politischer als auch auf finanzieller Ebene. Neue Governance-Strukturen, darunter eine Koordinierungsgruppe für Biowissenschaften auf EU-Ebene, sollen die Festlegung

der Prioritäten steuern, die Integration bestehender Maßnahmen unterstützen und außerdem das Vertrauen der Öffentlichkeit in biowissenschaftliche Innovationen stärken. Vernetzung zwischen Start-ups, Industrie und Investor*innen wird ebenfalls gefördert, was durch eine Art Matchmaking-Plattform erreicht werden soll. Abgerundet wird die Strategie durch Maßnahmen zur Mobilisierung öffentlicher und privater Investitionen.

Seitens der Industrie werden die geplanten Vorhaben weitgehend begrüßt, insbesondere aufgrund der gestärkten Förderung von Forschung und Entwicklung sowie der Vereinfachung von Regulierungen.



Weiterführende
Informationen
durch Scannen des
QR-Codes

Europäische Strategien für Bevorratung und medizinische Gegenmaßnahmen zur Stärkung der Krisenbereitschaft und der Gesundheitssicherheit

Im Fall von Krisen und Notfällen ist schnelles und gezieltes Handeln unverzichtbar. Die Europäische Kommission veröffentlichte daher am 9. Juli 2025 zwei Initiativen: eine Strategie für die Bevorratung und eine für medizinische Gegenmaßnahmen. Sie sollen den kontinuierlichen europa-weiten Zugang zu lebenswichtigen Gütern verbessern, insbesondere im

Fall von Notsituationen, wie Energieausfällen, Naturkatastrophen, geopolitischen Konflikten oder Pandemien. Neben der Sicherstellung der Versorgung aller europäischen Bürger*innen soll so auch gewährleistet werden, dass Gesellschaft und Wirtschaft weiterhin funktionsfähig bleiben.

Ziel der Strategie zur Bevorratung ist es, die Krisenresilienz der Union durch koordiniertes Bestandsmanagement zu stärken. Sie stellt das erste umfassende EU-Konzept in diesem Bereich dar und widmet sich essenziellen Gütern wie Lebensmit-

teln, Wasser, Arzneimitteln, Öl oder Kraftstoffen sowie deren Bevorratung und Verteilung. Dazu gehören die Identifikation von Versorgungslücken, der Ausbau zentraler Lagerbestände – etwa über die Katastrophenschutz-Initiative rescEU – sowie die Optimierung von Transport und Logistik. Weiters setzt man auf die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten, beispielsweise durch den Aufbau eines EU-weiten Bestandsaufnahmenetzes zum Austausch bewährter Verfahren. Gefördert wird die Kooperation mit zivilen, militärischen und privaten Partnern, auch über die EU-Grenzen hinaus. So sollen vorhandene Ressourcen effizient, bedarfsgerecht und kostenwirksam eingesetzt werden.

Die Strategie für medizinische Gegenmaßnahmen zielt darauf ab, die Entwicklung, Produktion, Einführung und Zugänglichkeit lebensrettender medizinischer Instrumente zu beschleunigen. Damit reagiert die EU auf aktuell steigende grenzüberschreitende Krankheitsausbrüche und wachsende antimikrobielle Resistenzen, die durch den Klimawandel, die Verschlechterung der biologischen Vielfalt und der Ökosysteme sowie geopolitische Herausforderungen verschärft werden. Konkret soll die Entwicklung neuer Impfstoffe und antimikrobieller Arzneimittel gefördert sowie der Zugang zu Präventionsmaßnahmen gegen chemische, biologische, radiologische und nukleare Bedrohungen verbessert werden (ABC-Schutz). Erkenntnisgewinn und Überwachung werden durch eine EU-weite Prioritätenliste, Vorsorgepläne und Abwasser-Sentinel-Systeme unterstützt. Förderprogramme wie der Medical Countermeasures Accelerator und HERA Invest sollen Innovationen beschleunigen. Gleichzeitig wird eine skalierbare Produktion über EU-FAB (Netz von Impfstofffabriken in Europa) und die RAMP UP-Partnerschaft gesichert. Der Zugang zu Arzneimitteln soll allen voran durch gemeinsame Beschaffung und

Kommentar von MMag. Claudia Scharl

Es gilt das gesprochene Wort

Zum (Schul-)Start nach der Sommerpause Anfang September gehört traditionell immer auch die Rede zur Lage der Union der*des Kommissionspräsidentin*Kommissionspräsidenten, kurz SOTEU (State of the EU). Am 10. September 2025 war es dann auch soweit für die erste Rede Ursula von der Leyens in dieser neuen, zweiten Legislaturperiode, in der sie die wichtigsten Vorhaben und Leuchtturmprojekte für das kommende Jahr darlegte. Im Mittelpunkt standen wenig überraschend die Kriege in Gaza und der Ukraine, wodurch Europas Unabhängigkeit und Souveränität auch in Zukunft an Bedeutung gewinnt und gewährleistet werden müsse. Fünf wichtige Punkte in diesem Zusammenhang seien die Unterstützung der ukrainischen Ostfront gegen Putin, Nutzung des sanktionierten russischen Vermögens für den Wiederaufbau der Ukraine, ein kritischer Umgang mit Israel, die Frage nach der Zukunft des transatlantischen Verhältnisses sowie Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bei gleichzeitiger Gewährleistung sozialer Standards. Wie schon bei der letzten SOTEU 2023 wurden sozial- sowie gesundheitspolitische Themen nur am Rande gestreift. Lediglich zwei Punkte hatten es in die Rede geschafft: Zum einen waren dies Überlegungen, dem australischen Beispiel folgend, zu einem Verbot sozialer Medien für Kinder. Und zum anderen kündigte von der Leyen eine bisher ominöse Global Health Resilience Initiative zur Stärkung der globalen Widerstandsfähigkeit im Gesundheitsbereich an. Allerdings blieben Details zur Finanzierung und zum Zeitrahmen offen; unter den Maßnahmen in der Absichtserklärung, die zusammen mit der Rede veröffentlicht wurde, findet sich kein Verweis zur Initiative. Was sich in Brüssel sonst noch über den Sommer getan hat, von diversen EU-Strategien zu Biowissenschaften, medizinischen Gegenmaßnahmen und Lagerhaltung bis zu den Ratsschlussfolgerungen unter polnischem Vorsitz, lesen Sie im aktuellen SV Europa.

gebrauchsfertige Labore verbessert werden. Und schließlich stellt der Ausbau von internationaler und sektorübergreifender Zusammenarbeit einen zentralen Aspekt dar, insbesondere im zivil-militärischen und öffentlich-privaten Bereich.

Die beiden Strategien sind zwei wichtige Maßnahmen der im März 2025 verabschiedeten, übergreifenden EU-Strategie für eine krisenfeste Union, die Europas Fähigkeit verbessern soll, Bedrohungen früh zu erkennen und darauf zu reagieren. Maßgeblich für deren Erarbeitung waren die Empfehlungen des sog. Niinistö-Berichts, der von Präsidentin von der Leyen in Auftrag gegeben und im Oktober 2024 veröffentlicht wurde. Im Fokus stand hier insbesondere die Stärkung sowohl der zivilen und militärischen Vorsorge als auch der Einsatzbereitschaft der Union.



Weiterführende
Informationen
durch Scannen des
QR-Codes

EPSCO – Ratsschlussfolgerungen

Am 19./20. Juni 2025 tagten die EU-Gesundheits- sowie Sozialminister*innen beim Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO) in Brüssel. Im Mittelpunkt standen zwei gesellschaftliche Schlüsselthemen: der Schutz junger Menschen im digitalen Raum und die Stärkung der sozialen und wirtschaftlichen Teilhabe älterer Generationen. Zum einen wurden Schlussfolgerungen zur Förderung und zum Schutz der psychischen Gesundheit von Kindern sowie Jugendlichen im Digitalzeitalter angenommen, womit der Rat ein klares Zeichen für eine koordinierte europäische Antwort auf die wachsenden psychosozialen Herausforderungen durch die digitale Transformation setzt. Und zum anderen wurden Ratsschluss-

folgerungen zur Unterstützung älterer Menschen bei der Ausschöpfung ihres vollen Potenzials auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft verabschiedet.

Schutz für die digitale Kindheit

Jedes dritte Kind in Europa ist online – oft schon im Vorschulalter. Laut Studien leiden immer mehr junge Menschen unter Ängsten, Depressionen und Isolation, mitverursacht durch exzessive Bildschirmzeit, toxische Inhalte und digitale Reizüberflutung. Aufbauend auf dem EU-Gesetz über digitale Dienste vom Oktober 2024, das erstmals einen gesetzlichen Rahmen für digitale Plattformen einführt, wie etwa private Konten als Standard, altersgerechtes Design und transparente Algorithmen, fordern die Mitgliedstaaten weitergehende Schutzmaßnahmen. Inhalte sollen demnach künftig stärker auf Rückmeldungen von Kindern basieren, statt ausschließlich auf deren Nutzungsverhalten. Der Rat fordert unter anderem Maßnahmen gegen Cybermobbing, abhängig machende Funktionen und aggressive Werbung. Auch Blockier- und Meldefunktionen sollen verbessert werden. Neben einem späteren Medienzugang für Kleinkinder werden mehr analoge Alternativen, schulische Programme zur Förderung digitaler Resilienz sowie ein konsequenteres Vorgehen gegen manipulative Designstrategien angestrebt. Erstmals rückt dabei auch die elterliche Mediennutzung (Stichwort: Technoferenz) in den Fokus. Letztendlich wird in den Schlussfolgerungen die Verantwortung der gesamten Gesellschaft für ein gesundes digitales Aufwachsen betont. Künftig soll eine EU-weite Erhebung systematisch die Auswirkungen von Bildschirmzeit und sozialen Medien auf die psychische Gesundheit junger Menschen erfassen. Als Meilenstein gilt die geplante Altersverifikation mittels datenschutzfreundlicher Technologien. Erste Pilotprojekte laufen bereits, die Integration in die EU-Digital-Identity-

Wallet (EUDI) ist bis 2026 vorgesehen. Besonders hervorgehoben wird die Mitwirkung junger Menschen an der Entwicklung entsprechender Leitlinien – ein starkes Signal für eine partizipative und zukunftsorientierte Digitalpolitik.

Alter als Potenzial, nicht als Defizit

Neben dem Schutz der Jüngsten rückt der EPSCO-Rat auch die Chancen älterer Menschen ins Licht. Der Anteil der über 65-Jährigen wird bis 2060 voraussichtlich 30 Prozent betragen, daher wächst die Bedeutung des aktiven Alterns – wirtschaftlich, gesellschaftlich und digital. Der Rat verabschiedete daher Schlussfolgerungen, um das volle Potenzial älterer Menschen zu fördern. Zentrale Anliegen sind der Abbau von Altersdiskriminierung (Ageismus), die gezielte Förderung digitaler Kompetenzen und barrierefreier Technologien sowie flexible Arbeitsmodelle, die eine freiwillige Verlängerung der Erwerbsphase erleichtern. Gleichzeitig wird die Rolle älterer Menschen für den sozialen Zusammenhalt, etwa durch Freiwilligenarbeit und generationenübergreifende Bildung, ausdrücklich gewürdigt. Ein besonderer Fokus liegt auf der digitalen Inklusion: Mitgliedstaaten sollen demnach seniorengerechte Bildungsangebote ausbauen und technologische Lösungen benutzerfreundlich gestalten. Der digitale Wandel dürfe keine neuen sozialen Gräben schaffen, weder zwischen Jung und Alt noch innerhalb der Generationen. —



Weiterführende Informationen durch
Scannen der QR-Codes